

Jahresabschluss und Zusammenfassung der Dezember SVV durch die AfD-Fraktion Brandenburg an der Havel.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung des Jahres stellte einen guten Anlass dar, um die Anliegen und Perspektiven verschiedener Mitglieder unserer Fraktion zu beleuchten. In diesem Kontext äußerten die Vertreterinnen und Vertreter unserer und auch der anderen Fraktionen ihre Standpunkte zu entscheidenden Themen, die die Zukunft der Stadt maßgeblich beeinflussen werden. Im Folgenden finden sich die zentralen Aussagen und Positionen unserer Fraktion, die die Vielfalt der Sichtweisen widerspiegeln, die während der Versammlung zur Sprache kamen. Diese Zusammenfassung beleuchtet die wichtigsten Entscheidungen, die getroffen wurden, und bietet Einblicke in die Visionen der politischen Akteure zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen die Stadt steht, sowie deren Pläne für die kommenden Monate und Jahre. Leider wird der Abschluss dieses Jahres durch die schrecklichen Ereignisse in Magdeburg getrübt. Wir wünschen an dieser Stelle allen Angehörigen und Opfern viel Kraft und eine baldige Genesung.

Zäsur in der Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt

Nahezu geräuschlos ging ein für die Stadt wichtiges Thema durch Ausschüsse und Stadtverordnetenversammlung. Die Schließung der langjährigen Gemeinschaftsunterkunft in der Flämingstraße. Die Ersparnis für die Stadt liegt bei knapp 1 Million Euro, davon 810000€ Personal- und Sachkosten. Alle Bewohner der Unterkunft in der Flämingstraße sind in die verbleibende Gemeinschaftsunterkunft in der ehemaligen Roland-Kaserne gezogen. Doch dies kann aus unserer Sicht nur ein erster Schritt sein. Denn die Kommunen zahlen hier die Zeche für eine, spätestens seit Merkel's „Wir schaffen das“, völlig verfehlte Asylpolitik und die konsequente Weigerung der Bundesregierung gegenzusteuern und Maßnahmen zum Stopp der Einwanderung, hauptsächlich aus fremden Kulturkreisen, in unsere Sozialsysteme. Die Kommunen ersticken an den Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der oftmals nicht anspruchsberechtigten Asylbewerber.

Die Stadt Brandenburg hat diese Probleme für sich selbst noch einmal selbstverschuldet verschärft. 180 Asylbewerber hat die Stadt mehr aufgenommen als sie das laut Schlüssel hätte müssen. Und dies in Zeiten, in denen wir seit Jahren Gebühren erhöhen müssen und zu jedem Haushalt der Stadt darüber diskutieren, was zum Wohle der Stadt und seiner Bürger alles finanziell nicht möglich ist. Ein Unding und ein Schlag ins Gesicht für die Bürger unserer Stadt. Wir fordern die Verwaltung und den Oberbürgermeister auf, alles zu tun um diese Zahl abzubauen und damit unseren Haushalt zu entlasten. Auch erwarten wir, sollten die neuen Machthaber in Syrien eine Rückkehr der syrischen Flüchtlinge ermöglichen und nicht den nächsten islamistischen Staat installieren, das alles mögliche getan wird um diese Menschen in ihre Heimat zurückzuführen. Das Argument der angeblich in Deutschland benötigten Fachkräfte darf hier aus unserer Sicht kein vorgeschobener Hinderungsgrund sein. Eine solche Haltung wäre egoistisch, denn Syrien benötigt ausgebildete Fachkräfte zum Wiederaufbau des Landes ganz sicher dringender als Deutschland.

AfD-Fraktion Brandenburg an der Havel

Axel Brösicke

Erhebliche Gebührenerhöhungen in Brandenburg an der Havel – AfD-Fraktion stimmt dagegen

Am 18. Dezember 2024 wurden in der Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg an der Havel mehrere Gebührenerhöhungen beschlossen, die ab 2025 in Kraft treten sollen. Die Gebühren für Restmüll steigen um 11%, die Gebühren für Biomüll um 14,4%, und die Straßenreinigungsgebühren werden um 45% angehoben. Zudem wurden auch Erhöhungen bei den Abwassergebühren beschlossen.

Diese Steigerungen sind hauptsächlich auf neue Ausschreibungen und gestiegene Kosten seitens der Dienstleister zurückzuführen. SPD, Linke, Grüne, BSW und CDU stimmten dem Vorschlag ohne nennenswerte Einwände zu. Die Freien Wähler stimmten lediglich gegen die Erhöhung der Abwassergebühren.

Die AfD-Fraktion hat entschieden, gegen alle Gebührenerhöhungen zu stimmen. In Anbetracht der ohnehin bereits hohen Belastungen für die Brandenburger Bürger halten wir diese Steigerungen für unzumutbar und kritisieren die mangelnde Prüfung von Alternativen durch die Stadtverwaltung.

Darüber hinaus wird die AfD-Fraktion einen Prüfauftrag einbringen, um die Straßenreinigung in den städtischen Betrieb zu 100% zu integrieren. Diese Maßnahme könnte dazu beitragen, die Kosten langfristig zu senken, da eine stärkere kommunale Verantwortung in vielen Fällen zu einer effizienteren und kostengünstigeren Durchführung führen kann. Wir sind überzeugt, dass dieser Schritt notwendig ist, um die finanziellen Belastungen der Bürger zu verringern und gleichzeitig die Qualität der städtischen Dienstleistungen zu sichern.

Die AfD setzt sich weiterhin für eine nachhaltige und bürgernahe Stadtpolitik ein, die den Interessen der Brandenburger Vorrang einräumt. Wir werden auch in Zukunft kritisch auf die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung hinwirken und stets nach kostensparenden Lösungen suchen.

AfD-Fraktion Brandenburg an der Havel

Matthias Paul

Debatte um die Kindertagesstätten

Brandenburg an der Havel, 22.12.2024 – Die AFD-Fraktion Brandenburg an der Havel begrüßt ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung den Dialog mit den Trägern von Kitas sucht. In Vorbereitung auf die Dezember-SVV hat sich die Verwaltung vorbildlich mit den Fraktionsvorsitzenden und den Vertretern der Träger zusammengesetzt, um die wesentlichen Ziele und Anliegen zu erörtern. In der gemeinsam geführten Aussprache während der SVV wurde deutlich betont, dass wir die Träger nicht im Stich lassen dürfen. Schließlich haben diese die Stadtspitze vor einigen Jahren unterstützt, als dringend mehr Kitaplätze benötigt wurden. Es wäre absolut unfair, diese Hilfeleistung nun zu ignorieren und die Träger nicht zu unterstützen.

Wir legen großen Wert auf eine enge und konstruktive Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Trägern. Daher ist es erfreulich, dass die Debatte dazu geführt hat, dass die Verwaltung aktiv auf die Träger zugeht. Hätte sich die SPD an diesen Gesprächen beteiligt und im Sinne der Kitas gehandelt, wäre der Änderungsantrag der SPD überflüssig gewesen. Leider hat die SPD ihre Abneigung gegenüber anderen Fraktionen über die Bedürfnisse der Bürger der Stadt gestellt. Im Rahmen der SVV-Aufzeichnung können interessierte Bürger sich selbst ein Bild von der Situation machen. Die SPD hat bei ihrem Änderungsantrag eindeutig auf unsere ursprünglichen Änderungsanträge zum Kitabedarfsplan geschickt und möglicherweise gehofft, durch die Rücknahme unserer Anträge einige Lorbeeren zu ernten.

Unser überarbeiteter Änderungsantrag lag zur Sicherheit in der SVV in einer Aktentasche, wurde jedoch zurückgehalten, um der Verwaltung die Möglichkeit eines konstruktiven Änderungsantrages zu geben. Wir beabsichtigen, die Inhalte unserer Anträge in die Diskussion einzubringen, um das bestmögliche Ergebnis für die Kinder und Eltern unserer Stadt zu erzielen. In diesem Kontext möchten wir klarstellen, dass die Zusammenarbeit für die Bürger der Stadt für uns oberste Priorität genießt. Daher stehen wir einer zurückhaltenden Annäherung nicht ablehnend gegenüber.

Die AFD-Fraktion hofft auf erfolgreiche und konstruktive Lösungsansätze, die in enger Zusammenarbeit zwischen den Trägern und der Stadtverwaltung erarbeitet werden. Ein umfassender und vorausschauender Kitabedarfsplan wird erstellt, um eine zukunftsorientierte Entwicklung für alle Beteiligten zu gewährleisten. Wir stehen den Trägern und Kitaleitungen weiterhin unterstützend zur Seite und betonen, dass wir Zwangsmaßnahmen grundsätzlich ablehnen. Keine Kita darf gegen ihren Willen aus dem Bedarfsplan gestrichen werden.

Darüber hinaus sehen wir die aktuelle Situation als Chance, neue Instrumente zur Bewertung unserer Kitas zu entwickeln und durch innovative Kriterien die Bemessung zu optimieren. Die Wahlfreiheit der Eltern in der Bildungswahl muss erhalten bleiben, denn Qualität hat ebenso wie Quantität einen ebenso hohen Stellenwert. Kleine Einrichtungen sind unerlässlich, um Kindern mit besonderen Bedürfnissen ein vertrautes und familiäres Umfeld zu bieten.

Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

AFD-Fraktion Brandenburg an der Havel

Lisa - Marie Köster

Abschließend möchten wir Ihnen im Namen der AfD-Fraktion von Herzen frohe Weihnachten wünschen. Diese besondere Zeit des Jahres lädt uns ein, innezuhalten und die besinnlichen Momente im Kreise unserer Familien zu genießen. Möge das Licht der Weihnachtszeit Ihre Herzen erwärmen und Ihnen Frieden sowie Freude bringen.

Wir hoffen, dass Sie die Feiertage nutzen können, um sich zu erholen, Zeit mit Ihren Liebsten zu verbringen und neue Kraft für das kommende Jahr zu schöpfen. In einer Welt, die oft von Hektik und Herausforderungen geprägt ist, ist es umso wichtiger, die kleinen Dinge zu schätzen und Gemeinschaft zu erleben.

Ebenso wünschen wir Ihnen einen guten Start ins neue Jahr. Möge 2025 Ihnen Gesundheit, Glück und viele positive Erlebnisse bescheren. Lassen Sie uns gemeinsam anpacken und die Zukunft unserer Stadt aktiv mitgestalten.

Herzliche Grüße und alles Gute, Ihre AfD-Fraktion Brandenburg an der Havel